WOCHEN SCHAU VERLAG

Gert Krell

Klimadiskurs kontrovers

Zwischen Alarmstimmung und Verharmlosung

Extreme Wetterereignisse und die globale Fridays for Future-Bewegung haben Klimawandel und Klimaschutz zu einem beherrschenden politischen Thema gemacht. Eine Orientierung im Streit um den naturwissenschaftlichen Sachstand und die politischen und praktischen Perspektiven zur Einhegung des Klimawandels bietet dieser Band.

Gert Krell analysiert und differenziert verschiedene Argumente, Deutungen und datenbasierte Interpretationen eines breiten Meinungsspektrums. Es werden zentrale pessimistische und verhalten optimistische Argumentationen gegenübergestellt sowie Meinungen unterschiedlicher politscher Denkweisen betrachtet. Abschließend gibt der Autor eine Gesamteinschätzung zur Rolle Deutschlands beim Klimaschutz und den klimapolitisch erforderlichen Maßnahmen – auch mit Blick auf die Corona-Krise.

ISBN 978-3-7344-1067-3, 136 S., € 12,90
PDF: ISBN 978-3-7344-1068-0, € 9,99

www.wochenschau-verlag.de

Förderung ländlicher Regionen

Raus aus der Bubble – rein in die Dörfer

Ein Leben abseits der Stadt ist für viele Menschen ein Traum. Rund 30 Prozent der Europäer*innen leben derzeit in ländlichen Räumen. Viele von Ihnen leben dort gut und gerne. Doch es ist nicht alles in Butter auf dem Land. Insbesondere Jüngere zieht es weg. Welche Ressourcen haben ländliche Kommunen, um diesem Wandel zu begegnen?

> Niklas Nienaß

Ländliche Regionen sind oft unterversorgt. Es fehlt an Jobs, Infrastruktur, Kultur- und Freizeitangeboten. Ein Beispiel: Im europäischen Durchschnitt sind es in der Stadt rund 3,5 Kilometer bis zur nächsten Arztpraxis. Auf dem Land hingegen 21,5 Kilometer – und das auch noch bei einem deutlich schlechteren Verkehrsnetz. Wer kein Auto hat, ist auf dem Land oft aufgeschmissen. Und selbst die vielbeschworene Videosprechstunde kann schnell zum Problem werden: nur 60 Prozent der Europäer*innen auf dem Land haben Zugang zu einer Breitbandverbindung.

Wenn die Politik das Thema ernsthaft angehen will, dann muss sie nicht mehr über, sondern endlich mit den Menschen auf dem Land sprechen. Politiker*innen müssen raus aus Brüssel, Berlin, Schwerin und rein in die Dörfer.

Community-Led Local Development

Die Menschen auf dem Land wissen selbst am besten, was es vor Ort braucht und wie sie ihre Region voranbringen können. Im Europäischen Parlament setze ich mich dafür ein, Bürger*innen bei der Vergabe und Verwendung von regionalen Fördermitteln stärker zu beteiligen. Im letzten Jahr konnten wir erreichen, dass das sogenannte Community-Led Local Development (CLLD) in allen regionalpolitischen Förderfonds der Europäischen Union verankert wird. Projekte, die einen Bottom-Up-Ansatz wählen und die lokale Bevölkerung in der Projektentwicklung und -durchführung einbeziehen, erhalten nun zehn Prozent mehr EU-Geld.

Kommunen können beispielsweise Bürgerbudgets einrichten und die Bevölkerung bei der Verwendung von Haushaltsmitteln einbinden. Vereine, Organisationen, kleine und mittelständische Unternehmen können sich zusammenschließen und gemeinsam Projektideen entwickeln. Sei es im Bereich Umwelt- und Naturschutz, Soziales oder Kultur. Einen Überblick über die Möglichkeiten biete ich in dem gemeinsam mit meinen Kolleg*innen Hannah Neumann und Rasmus Andresen erarbeiteten Wegweiser „EU-Fördergelder für die Kommune“.[1]

Für Kommunen und regionale Verwaltungen lohnt sich der CLLD-Ansatz gleich mehrfach: Sie profitieren von der vielfältigen Expertise der Menschen vor Ort. Sie stärken den lokalen Zusammenhalt. Sparen bis zu zehn Prozent Eigenanteil. Und sie stellen sicher, dass Geld dort ankommt, wo es wirklich gebraucht wird.

Projekte wie CLLD stellen einen wichtigen ersten Schritt dar, um die politische

Foto: Moritz Stemmler / Unsplash

Gestaltung von ländlichen Räumen im Dialog mit den Menschen vor Ort voranzubringen. Doch es reicht nicht, Gelder bereitzustellen und auf Projektanträge zu warten. Deshalb habe ich die Konferenz „Zukunft.Land.Leben“ initiiert. Wir möchten Abgeordnete aus verschiedenen Landtagen, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament ins Gespräch mit Expert*innen und Praktiker*innen aus ländlichen Räumen bringen. Nachdem wir im November 2021 bereits zu einer digitalen Auftaktrunde zusammengekommen sind, soll es im Mai 2022 im Wasserschloss Quilow in Groß Polzin weitergehen.

Hoffnungsträger Energiewende?

Eine kürzlich von mir in Auftrag gegebene Studie hat gezeigt, dass Wind- oder Solarparks in kommunaler Hand ein vielversprechender Weg sind, um Klimaschutz und Sozialpolitik zu verbinden. Erneuerbare Energie wird deutlich dezentraler gewonnen als konventionelle Energie. Statt einer kleinen Zahl riesiger Kraftwerke werden in Europa in den nächsten Jahren eine Vielzahl an kleinen und mittelgroßen Wind- und Solarparks entstehen. Diese dezentrale Organisation kann einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Breite generieren. Erneuerbare Energien könnten also Geld in die Kasse von klammen Kommunen spülen.

Zumindest in der Theorie. Denn eine Schwierigkeit liegt darin, dass Wind- und Solarparks vor Ort relativ wenige Arbeitsplätze schaffen, während die Gefahr besteht, dass die Gewinne zentralisiert abgeschöpft werden – von einigen wenigen großen Unternehmen, die nicht unbedingt in der Region ansässig sind.

Kommunen haben oft keinen Zugang zu Kapital und professioneller Beratung. Wenn Unternehmen und Investoren auf den Plan treten, herrscht oft von Beginn an eine Asymmetrie an Geld, Wissen und Macht. Zugleich ist es für den Bund oft einfacher, mit Großunternehmen zusammenzuarbeiten, als den Weg über Bürgerbeteiligung zu gehen.

In dieser Dynamik kann die Europäische Union der Partner für die Menschen vor Ort sein. Mit europäischen Geldern kann zum Beispiel die Vernetzung und Weiterbildung von lokalen Interessengruppen gefördert werden. So werden Menschen vor Ort in die Lage versetzt, mit Unternehmen und Investoren auf Augenhöhe zu verhandeln. Oder es werden gleich Energieprojekte in kommunaler Eigenregie gestemmt. Warum nicht ein eigenes Mini-Wasserkraftwerk wagen? Die Stadt Wien hat genau dies mit Hilfe von Europäischen Fördermitteln in die Hand genommen. Ländliche Räume können ein idealer Ausgangspunkt für die “Energiewende von unten” sein.

---

1) Neumann, Hannah / Andresen, Rasmus / Nienaß, Niklas: EU-Fördergelder für die Kommune. Einstieg und Wegweiser, Brüssel 2022, 40 Seiten, PDF auf niklas-nienass.eu: gruenlink.de/2fiu

> Niklas Nienaß ist Mitglied des Europäischen Parlaments (Die Grünen/EFA). Er ist Koordinator im Ausschuss für Regionale Entwicklung, wo er zu den Themen Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Ländliche Räume arbeitet. www.niklas-nienass.eu/zukunft.